

Editorial: Natur, Ressourcen, Konflikte: Kämpfe um die globale Inwertsetzung von Land und Rohstoffen

Seit Anfang der 2000er Jahre lässt sich weltweit eine Zunahme der Einhegung von Natur beobachten. Die Inwertsetzung von Land und Rohstoffen ist keine neue Erscheinung, und sie ist seit jeher umkämpft (siehe auch PROKLA 135 zu Ressourcenkonflikten, PROKLA 156 zu Ökologie in der Krise sowie PROKLA 176 zur politischen Ökonomie des Mülls). Karl Marx folgend ist die Inwertsetzung von Land, Rohstoffen und Naturelementen der kapitalistischen Produktionsweise inhärent, die unter stofflichen Gesichtspunkten von der permanenten Transformation von Natur in neue „Ressourcen“ abhängig ist.

Allerdings haben sich vor dem Hintergrund der Vielfachkrise des Kapitalismus und der Ausweitung einer „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) das Ausmaß und die Formen der Naturaneignung und Inwertsetzung in den letzten zwei Dekaden verändert. Mit der Energie-, Klima-, Nahrungsmittelpreis- und Finanzmarktkrise sowie einer auf hohem Rohstoffverbrauch basierenden Lebensweise in den Zentren des globalen Nordens und Südens ist die Nachfrage nach Agrarprodukten, bergbaulichen Rohstoffen (Mineralien, Metalle, seltene Erden, Erze) und fossilen und erneuerbaren Energieträgern (Öl, Gas, Kohle, Biomasse, pflanzliche Rohstoffe) seit Beginn des 21. Jahrhunderts stark gestiegen (vgl. Dietz et al. 2015; Fischer et al. 2016). Technologische Innovationen und hohe Weltmarktpreise

ermöglichen zudem die Inwertsetzung von Rohstoffen und Naturelementen, deren Aneignung für profitable Kapitalverwertungen bislang nicht oder kaum rentabel war, etwa die Förderung von unkonventionellen Gas- und Ölvorkommen oder die Erschließung von tief im Gestein oder im Meeresboden gebundenen Erzen und Metallen. Die Visionen einer Industrie 4.0, d.h. einer Digitalisierung der Produktion in Verbindung mit technologischen Neuerungen, schafft darüber hinaus spezifische Rohstoffbedarfe. Hedgefonds und andere Finanzmarktinstrumente sorgen ihrerseits für eine Erschließung von Natur als neue und sichere Anlagefelder für überakkumuliertes Kapital.

Diese Entwicklungen gehen mit zunehmend negativen ökologischen und sozialen Folgen wie Wasserverschmutzung, Bodenerosion oder Vertreibung einher. Weltweit verlieren Menschen ihr Land zu Gunsten kommerzieller großflächiger Agrarproduktion sowie zugunsten von Bergbau-, Klimaschutz- und Infrastrukturprojekten. „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2003) erfolgt sowohl im Rahmen „klassischer“ extraktiver Projekte als auch im Namen eines vermeintlich grünen Kapitalismus, bei dem beispielsweise Waldgebiete als CO₂-Senken im Rahmen des Emissionshandels unter Schutz gestellt oder große Landflächen für die Energieproduktion durch Solarzellen umgenutzt werden. Aber auch Unterseegebiete

geraten zunehmend in den Fokus für die Ressourcenausbeutung.

Inwertsetzung von Land und Rohstoffen ist kein ausschließlich ökonomischer, durch den Markt gesteuerter Prozess. Sie ist voraussetzungs- und bedarf der politischen Durchsetzung, etwa mittels nationaler und internationaler Entwicklungsstrategien, politischer Reformen zur Bearbeitung von Krisen oder Liberalisierungs- und Privatisierungspolitiken. Progressive wie konservative Regierungen weltweit haben im Kontext hoher Weltmarktpreise für Rohstoffe und Agrarprodukte extraktivistische Entwicklungsstrategien verfolgt und die Ausweitung des Bergbaus und der agrarindustriellen Produktion politisch gefördert. Die Weltbank und andere Geberinstitutionen unterstützen die Ausweitung industrieller Bergbau- und agrarindustrieller Produktionskomplexe ebenso wie „grüne“ Investitionen insbesondere im globalen Süden mit bekannten Argumenten des neoklassischen Wachstumsparadigmas: komparative Kostenvorteile und zu erwartende *trickle-down* Effekte für ländliche Entwicklung.

Die aktuellen, zum Teil aggressiven Bemühungen um die Sicherung des Zugriffs auf Rohstoffe und Land haben neue Konflikte und Kämpfe ausgelöst und alte verschärft, im globalen Süden und Norden. Forderungen wie „Our land, our life, our future“ werden derzeit von Papua Neuguinea bis nach Tansania, Tunesien und Ägypten, Brasilien, Chile, Kolumbien und Griechenland laut. Weltweit leisten Bauern und Bäuerinnen, Anwohner_innen und Aktivist_innen und schließlich auch staatliche Akteure Widerstand gegen die Ausweitung der so genannten *extractive frontier* (extraktiven Grenze).

Kämpfe um Enteignung, Vertreibung und Ausbeutung sind oft nicht nur lokal verankert, sondern über Regionen, Länder

und Kontinente hinweg organisiert. Eine Vielzahl von Akteuren – etwa Gewerkschaften, Basisgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen – mobilisiert in diesem Zusammenhang zu Protest und Widerstand.

Auseinandersetzungen um die Inwertsetzung von Land und Ressourcen beschränken sich dabei nicht nur auf den konkreten Ort der Extraktion, sondern finden ebenso entlang der Produktionsnetzwerke statt. Sie stehen mit anderen Konflikten und gesellschaftlichen Kämpfen in Beziehung. Proteste und Widerstand haben dementsprechend vielfältige Anliegen (siehe auch PROKLA Heft 170 zu sozialen Kämpfen in Afrika). Sie richten sich gegen Vertreibung, Umweltzerstörung, mangelnde Entschädigungen, Demokratiedefizite, schlechte Arbeitsbedingungen und teure Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig werden Entwicklungsmodelle, die Gewinnverteilung, bestehende und geplante Handelsabkommen und die Rolle des Staates in der globalen Landwirtschafts- und Rohstoffpolitik neu verhandelt. Den weltweiten Einhegungen setzen soziale Bewegungen und Protestakteure alternative Konzepte und Ansätze sozial-ökologischer Transformation entgegen, wie gemeinschaftlich verwaltetes Land, *commons* und *care-economy*-Ansätze, Ernährungssouveränität, Klima- und Umweltgerechtigkeit und *degrowth*-Strategien.

Im ersten Beitrag zum Schwerpunkt gibt *Oliver Pye* einen Überblick über Kämpfe gegen die Inwertsetzung von Natur im Kontext der aktuellen Re-Regulationen der Naturverhältnisse. Zu den Elementen dieser veränderten Regulation zählt er die Finanzialisierung der Natur, die Herausbildung globaler Produktionsnetzwerke im Rohstoff- und Agrarsektor, das Leitbild einer Grünen Ökonomie, die Dominanz eines *corporate food regime* im

Bereich der Nahrungsmittelproduktion sowie die Integration der Zivilgesellschaft in eine Nachhaltigkeitsgovernance. Ausgehend von diesen Veränderungen widmet er sich den sozialen Kämpfen um die wachsende Inwertsetzung von Natur. Sein Blick richtet sich dabei vor allem auf die Gegenstände dieser Kämpfe sowie die sozialen Bewegungen, die über die Verallgemeinerung und Vernetzung von Kämpfen auf eine Transformation der gegenwärtigen Naturverhältnisse zielen. Er fragt, inwieweit diese Bewegungen auf die aktuellen Veränderungen adäquat reagieren. Sein zentrales Argument lautet, dass die derzeit entwickelten Strategien sozial-ökologischer Transformation vor allem die Verteidigungskämpfe gegen Einhegungen im globalen Süden (Ernährungssouveränität, indigene Landrechte) mit konsumkritischen Perspektiven im globalen Norden (*Degrowth*, „imperiale Lebensweise“) verknüpfen, ohne diese aber auf die sozialen Kämpfe innerhalb der veränderten gesellschaftlichen Naturverhältnisse systematisch zu beziehen. Dadurch blieben zentrale Merkmale des gegenwärtigen Akkumulationsregimes (Finanzialisierung, globale Produktionsketten, Prekarisierung) sowie der zentrale Widerspruch kapitalistischer Naturverhältnisse – entfremdete Arbeit – weitgehend unberücksichtigt. Hiermit erkläre sich einerseits die gegenwärtige Schwäche von Bewegungen für Umwelt- und Klimagerechtigkeit; allerdings böten sich andererseits auch neue strategische Perspektiven.

An die Beobachtung, dass der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und die Kämpfe um Arbeit in alternativen Strategien sozial-ökologischer Transformation nicht hinreichend berücksichtigt werden, knüpft der Beitrag von *Jan Brunner* an. Er stellt eine Leerstelle in der Literatur

zu *land grabbing* und zu Konflikten um *land grabbing* fest: das Thema Arbeit. Vor diesem Hintergrund analysiert er die Folgen struktureller Transformationen (Mechanisierung, Internationalisierung, Unternehmens- und Kapitalkonzentration) im Zuckerrohrsektor im Bundesstaat São Paulo in Brasilien. Seine Analyse richtet sich auf die Folgen dieser Transformation für Arbeit und die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften. Als Folgen beobachtet er eine Zunahme von Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum, neue Formen der Kontrolle über Arbeiter_innen, eine Fragmentierung der Arbeiter_innenschaft sowie Konflikte zwischen verschiedenen Gewerkschaften um den Vertretungsanspruch der Plantagenarbeiter_innen. In seiner Untersuchung, in der er auf den „Jenaer Machtressourcenansatz“ zurückgreift, zeigt Brunner, dass sich die Restrukturierungen in der Produktion auf manuelle und mechanisierte Erntearbeiter_innen unterschiedlich auswirken. Insgesamt kommt es im Kontext der Transformationen zu einer Schwächung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und der Machtressourcen aller Arbeiter_innen.

Mit der wachsenden Bedeutung lokaler Volksabstimmungen als Proteststrategie in Konflikten um Bergbau vor allem in Nord- und Lateinamerika beschäftigt sich *Kristina Dietz*. Ausgehend von partizipativen und materialistischen Demokratietheorien fragt sie, wie der Einsatz von Verfahren der direkten Demokratie in Kämpfen um Bergbau politisch wirkt und welche transformative Wirkung im Sinne einer Demokratisierung des Rohstoffsektors und einer gesellschaftlichen Emanzipation sie entfalten können. Dieser Frage widmet sie sich am Beispiel des Konfliktes um das Goldbergbauprojekt *La Colosa* in Kolumbien. Sie argumentiert, dass unter kapitalistischen und liberaldemokratischen

Bedingungen lokale Volksabstimmungen gegen Bergbau die herrschenden Machtverhältnisse im Rohstoffsektor zwar nicht grundlegend transformieren können, aber dennoch politische Wirkung entfalten. In manchen Fällen ziehen sich Unternehmen in Anschluss an Volksabstimmungen aus den Projekten zurück, in anderen Fällen kommt es zu demokratischen Verschiebungen. So bieten Verfahren direkter Demokratie mittels der Ausweitung der Beteiligung an kollektiven Entscheidungen Potenziale zur Überwindung der Grenzen der liberalen Demokratie nach links, d.h. im Sinne einer Belebung der Demokratie und emanzipatorischen Transformation.

Jakob Graf und *Anna Landherr* analysieren in ihrem Beitrag, wie Chiles extraktive Industrien kontinuierlich durch Familienkonglomerate und deren enge Beziehungen in die Politik dominiert werden. Sie gehen der Frage nach, wie das unter der Militärdiktatur Pinochets errichtete Akkumulationsregime, trotz breitem sozialen Widerstand, aufrechterhalten werden kann und welche systematischen Machtmechanismen dabei genutzt werden. Die Autor_innen verfolgen die These, dass Chiles herrschende Klasse zum einen verhindern, dass die sozio-ökologischen Proteste sichtbar werden und zum anderen die „Demokratie in Beschlag nimmt“, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Analyse der Dimensionen struktureller, territorialer, institutionalisierter, hegemonialer und informeller Macht zeigt, dass sowohl ein hoher Grad an Unternehmensverflechtungen, ungünstige politische und ökonomische Bedingungen für die Organisation von Arbeiter_innen, aber auch das Phänomen der *quiet politics* und die hohe Kontinuität in der Zusammensetzung der nationalen Elite eine zentrale Rolle für die Stabilität des hierarchisch-extraktivistischen Modells spielen.

Tanja Scheiterbauer analysiert die Revolten in Nordafrika, namentlich in Tunesien und Ägypten. Sie widerspricht der vor allem von den westlichen Medien verbreitete These, es handle sich hierbei um „Facebook-Revolutionen“, die von urbanen Jugendlichen der Mittelschicht getragen sei, die die Möglichkeiten neuer sozialer Medien zu nutzen wussten. Vielmehr geht sie auf die ökonomischen Hintergründe ein, zeigt, dass nach dem Zusammenhang zwischen den Protesten in den urbanen Zentren und denen in den strukturell marginalisierten ländlichen Räumen gefragt werden muss. Ihre These: Ohne die Prozesse der Inwertsetzung von Land und Wasser sind die gesellschaftlicher Kämpfe vor und nach den Revolten in Nordafrika 2011 nicht zu verstehen.

Patrick Schukalla befasst sich in seinem Beitrag mit dem politisch und wissenschaftlich weitgehend vernachlässigten Thema des „nuclear front-end“, also des Anfangs der nuklearen Brennstoffkette. Am Beispiel Tansanias untersucht er die Erforschung und Exploration von Uranlagerstätten sowie die Strategien der Sicherung von Zugangs- und Abbaurechten. Er zeigt, dass rohstoffreiche Regionen des globalen Südens bereits in der Phase vor der eigentlichen Extraktion – unter Umständen sogar, ohne dass es überhaupt zu dieser kommen muss – symbolisch und materiell der Logik unterworfen werden können, die vom Auf und Ab der energiepolitischen Interessen, Konjunkturen und Bedarfe des globalen Nordens vorgegeben wird. Obwohl die Exploration im Unterschied zur Extraktion keine großflächigen Zerstörungen beinhaltet, verursacht sie sozial-ökologische Kosten, die von den in Unwissenheit gelassenen Bewohner_innen und Arbeiter_innen getragen werden. Der Nutzen der „informationellen Anreicherung“ konzentriert sich dagegen bei den

Unternehmen des globalen Nordens oder der Schwellenländer. Auf diese Weise wird die Exploration zu einem Moment räumlich ungleicher Entwicklung.

Merle Groneweg, Hanna Pilgrim und *Michael Reckardt* setzen sich mit den Schattenseiten der Industrie 4.0 auseinander. Von der deutschen Bundesregierung gefördert, verspricht die „4. Industrielle Revolution“ nach Dampfmaschine, Fließband und Computer das Wirtschaftswachstum durch Digitalisierung anzukurbeln und gleichzeitig drängende soziale und ökologische Krisen zu adressieren. Die Autor_innen argumentieren jedoch, dass für die benötigten Sensoren, Mikrochips und den steigenden Strombedarf wiederum die Nachfrage nach bestimmten Rohstoffen wächst. Anhand der Beispiele Elektromobilität und Digitalisierung der Kommunikation zeigen sie, dass die Digitalisierung der Produktion mit ihren Technologien nicht zur versprochenen Dematerialisierung und Ressourceneffizienz beiträgt. Vielmehr kommt es zu einer Veränderung des Rohstoffverbrauchs. Statt fossiler Brennstoffe bedarf es nun mehr metallischer und mineralischer Rohstoffe. Die Autor_innen verdeutlichen, dass der steigende Rohstoffbedarf wiederum sozioökologische Konflikte um die Aneignung von Land und den Abbau der Rohstoffe in den Herkunftsländern auslösen bzw. verschärfen kann. Sie schlagen vor, das Recycling von seltenen und „Konfliktrohstoffen“ zu fördern und neben den positiven auch die negativen Seiten von Industrie 4.0 zu thematisieren.

Außerhalb des Schwerpunkts und anknüpfend an Marx, die Regulationstheorie und Bourdieu analysiert *Max Koch* die „Naturalisierung des Wirtschaftswachstums“. Die konkurrenzvermittelte Steigerung der Arbeitsproduktivität erhöht, so zeigt Koch mit Marx, die Mehrwertrate,

senkt dabei aber die Mehrwertmasse, sofern die Produktivitätssteigerung nicht durch ein Wachstum der Produktion überkompensiert wird. Daraus resultiert der Zwang zum Wirtschaftswachstum, der von den ökonomischen Subjekten und der bürgerlichen Ökonomie zur natürlichen Form des Wirtschaftens mystifiziert wird. Mit der Regulationstheorie und Bourdieu arbeitet Koch heraus, dass die von Marx für die Produktionssphäre analysierte Naturalisierung des Wachstumswangs ihre Fortsetzung in der Sphäre des Konsums findet. Durch den Konsum werden nicht nur soziale Hierarchien reproduziert und normalisiert. Als Medium der Distinktion fungiert der Konsum auch als Wachstumstreiber und schädigt die natürliche Umwelt.

Inzwischen wird in Europa von vielen Seiten eine Integration in Richtung einer „echten Wirtschafts- und Währungsunion“ gefordert, von Teilen der Linken wird das auch begrüßt. Dass diese aber mehr als unwahrscheinlich ist, zeigen *Felix Syrovatka* und *Etienne Schneider* in ihrem Beitrag. Die europäische Wirtschaftsintegration ist aufgrund vertiefter und gewachsener Asymmetrien – vor allem zwischen Frankreich und Deutschland – blockiert. Nach mehr als sieben Jahren Sparpolitik und neoliberalen Strukturereformen sind die fundamentalen Ungleichgewichte, die zur Krise in der Eurozone geführt haben, nicht nur ungelöst, sondern haben sich verschärft. Die deutsche Volkswirtschaft richtet sich zudem verstärkt nach Osteuropa und den Emerging Markets aus und macht sich von der EU unabhängiger – der ökonomische Druck, Kompromisse eingehen zu müssen, hat sich verringert.

Kristina Dietz, Bettina Engels, Anne Hennings, Louisa Prause, Ingo Stützel und Markus Wissen (für die Redaktion)

Noch ein Wort „in eigener Sache“: PROKLA-Redakteur Etienne Schneider wird am 9. Dezember für sein Buch *Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit?* (VSA Verlag) den Jörg-Huffschmid-Preis 2017 erhalten. An dieser Stelle: Herzlichen Glückwunsch!

Als Gastredakteurinnen haben Louisa Prause, Anne Hennings, Bettina Engels und Kristina Dietz am Schwerpunkt dieses Heftes mitgewirkt. Die PROKLA-Redaktion dankt ihnen ganz herzlich für ihre Ideen und ihr Engagement.

Literatur

- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München.
- Dietz, Kristina/Engels, Bettina/Pye, Oliver/Brunnengräber, Achim (Hg.) (2015): *The Political Ecology of Agrofuels*. Abingdon.
- Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Schmidt, Lukas (Hg.) (2016): *Robstoffe und Entwicklung. Aktuelle Auseinandersetzungen im historischen Kontext*. Wien.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford.

Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.“, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die regelmäßigen finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.
 IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00 – BIC: PBNKDEFF
 Postbank Berlin

PROKLA 191: Zur (neuen) Wohnungsfrage

Nachdem die Große Koalition im November 2013 mit viel rhetorischem Tamtam die Mietpreisbremse verkündete, befürchtete der Verband der Haus- und Grundbesitzer das Schlimmste. Doch während die Investitionen in Wohnbauprojekte keineswegs zurückgingen und der Bau von (hochpreisigen) Eigentumswohnungen neue Höhenflüge erlebte, stiegen die Immobilienpreise und Mieten weiter – unter anderem deshalb, weil Neubauten ohne Regulierung nicht zu leistbaren Mieten führen. Dieser erfolglose Versuch einer punktuellen und halbherzigen Reform zeigt beispielhaft zum einen, dass die bereits von Friedrich Engels gegen Ende des 19. Jahrhunderts diskutierte „Wohnungsfrage“ wieder ein Thema der Politik geworden ist; zum anderen, dass diese grundlegende Probleme berührt, die nicht durch eine partielle Preisregulierung zu lösen sind. Mittlerweile treten die Widersprüche eines neoliberalen Regimes der Wohnraumversorgung deutlich hervor und dank zunehmender sozialer Proteste ist ein partielles Umdenken zu diagnostizieren. Vor diesem Hintergrund diskutiert die PROKLA anhand empirischer Beiträge sowie theoretischer Reflexion die politökonomische Gründe für die Wiederkehr der Wohnungsfrage im Kontext von Finanzialisierung, Neoliberalisierung und einer globalen Überakkumulation von Kapital befassen.

PROKLA 190: Autoritärer Populismus

Nicht nur in vielen europäischen Ländern existieren starke autoritär-populistische Parteien, die eine nationalistische Zielsetzung vertreten, mit ihrer Alarmismus-Rhetorik vielfach für teils protektionistische, teils neoliberale Politiken eintreten und einen Kulturkampf betreiben, in dessen Zentrum die Kritik an der sogenannten Genderideologie und der politischen Korrektheit steht. Einerseits sind diese Parteien durchaus für einen starken Nationalstaat, andererseits verfolgen sie in bestimmten Bereichen das neoliberale Ziel des Abbaus des Staates. Nach über einem Jahr der Erfahrungen mit der Präsidentschaft von Donald Trump und seinen rechten Beratern stellt sich die Frage nach den konkreten Entwicklungen in den USA und den Regierungspraktiken der neuen Administration. Das Heft wird sich mit den autoritär-populistischen Parteien, ihren politischen Zielen, den Wahlen und den politischen Konstellationen in den entsprechenden Ländern befassen. Es widmet sich den politischen Zielen der autoritär-populistischen Parteien, den Wahlen und den politischen Konstellationen. Dies schließt die programmatischen Diskussionen, das Wahlverhalten und die Unterstützung durch verschiedene Teile der Bevölkerung mit ein.